

Leitlinien linker Kommunalpolitik in Niedersachsen

Linke Kommunalpolitik in Niedersachsen ist Teil eines größeren Projekts: des Aufbaus gesellschaftlicher Gegenmacht. Sie beginnt in den Räten, wirkt in die Stadtteile, Betriebe und Schulen – und zielt auf ein neues Bewusstsein. Wenn wir Kommunalpolitik ernst nehmen, dann ist jeder Antrag, jede Rede, jede Kandidatur ein kleiner Schritt in Richtung einer Gesellschaft, in der Solidarität wieder selbstverständlich ist.

1. Selbstverständnis linker Kommunalpolitik

Linke Kommunalpolitik ist mehr als Verwaltung. Sie ist Teil des gesellschaftlichen Kampfes um Solidarität, Demokratie und soziale Gerechtigkeit – dort, wo Menschen leben und arbeiten. In der Kommune entscheidet sich, ob Politik nah an den Menschen ist oder ihnen fremd bleibt. ***Linke Kommunalpolitik heißt: nicht über die Menschen reden, sondern mit ihnen handeln.***

Unsere Politik ist **sozial**, weil sie Armut, Wohnungsnot und schlechte Arbeit bekämpft. Sie ist **demokratisch**, weil sie Menschen beteiligt, statt über sie zu bestimmen. Und sie ist **emanzipatorisch**, weil sie zeigt: Veränderung ist möglich – wenn wir sie gemeinsam anpacken.

Ziel linker Kommunalpolitik ist es, die Lebensbedingungen der arbeitenden und benachteiligten Menschen zu verbessern, das Öffentliche zurückzuerobern – von Energie bis Wohnen, von Verkehr bis Pflege und die Kommune zu einem Ort der Mitbestimmung zu machen.

Dabei geht es nicht nur um Abstimmungen, sondern um Bewusstseinsbildung. Jede Maßnahme, jeder Antrag, jede Rede soll Mut machen: Mut, sich einzumischen. Mut, Verantwortung zu übernehmen. Mut, Nein zu sagen, wenn Unrecht als Normalität verkauft wird.

2. Leitlinien für Kommunale Mandatsträger*innen

Die Kommunalen Mandatsträger*innen sind vor Ort Aushängeschild in der Linken. Das Mandat sollte entsprechend sowohl inhaltlich als auch im Selbstverständnis in Einklang mit der Grundhaltung der Partei ausgestaltet werden. Kreisverbänden wird empfohlen, sich vor den Aufstellungsversammlungen mit diesen Leitlinien auseinanderzusetzen und damit, wie die potentiellen künftigen Kommunalen Mandatsträger*innen zu ihnen stehen.

- a. Kollektivistischer Ansatz: Wie auch den Wahlkampf gestalten wir die Kommunalpolitik gemeinschaftlich. Kommunale Mandatsträger*innen suchen die Rückkopplung mit dem restlichen Kreisverband/ Ortsverband/ Basisorganisation, insbesondere zu strategischen Schwerpunktsetzungen und eventuellen Gruppenbildungen. Die Mandatsträgerabgaben werden gezahlt.
- b. Nah dran, auch nach der Wahl: In den Räten geben wir denen eine Stimme, die sonst oft überhört werden. Auch nach der Wahl suchen Kommunalpolitiker*innen aktiv den Kontakt insbesondere mit eher Benachteiligten, versuchen bei den Problem vor Ort zu helfen und tragen diese in die Räte.
- c. Fokus und Klarheit: Insbesondere für kleine Fraktionen und Einzelmandatierte gilt, dass mit erarbeiteter Expertise und dauerhaftem Bespielen eines Themas oft mehr erreicht werden kann als mit erarbeitetem Halbwissen, das der Themensetzung der Verwaltung folgt. Unsere Kommunalpolitiker*innen entscheiden gemeinsam mit dem Kreisverband oder Ortsverband über die lokalen Schwerpunkte. Leitlinie dafür ist eine klare klassenbewusste Haltung.

3. Strategische Leitlinien für den Wahlkampf

Auch wenn Die Linke bei (Ober-)Bürgermeister*innen- oder Landratswahlen selten gewinnen wird, sind diese Kandidaturen politisch entscheidend. Sie schaffen Sichtbarkeit, geben Orientierung und prägen den öffentlichen Diskurs. Sie sind Teil unseres Kampfes um Hegemonie – also darum, wessen Sicht auf Gesellschaft Gehör findet.

***Leitlinie:** Wir kandidieren, um über unsere Inhalte aufzuklären und Gegenmacht aufzubauen.*

Unsere Leitlinien:

1. **Kandidaturen mit Haltung:** Unsere Kandidat*innen stehen für soziale Gerechtigkeit, Frieden, Demokratie und Solidarität – kompromisslos und glaubwürdig. Sie sind Sprachrohr derer, die sonst keine Stimme haben.

2. **Politische Klarheit statt Symbolpolitik:** Wir treten nicht an, um „dabei zu sein“, sondern um Themen zu setzen. Unsere Botschaften müssen klar, verständlich und klassenbewusst sein: *„Wohnen darf kein Luxus sein.“ „Gute Arbeit für alle statt prekäre Jobs.“ „Öffentlicher Nahverkehr bezahlbar und bis aufs Land.“*
3. **Wahlkampf als Bildungsprozess:** Jeder Wahlkampf ist eine Gelegenheit, Politik zu lernen, Bewusstsein zu bilden und Menschen einzubinden. Wir machen keine Werbekampagnen – wir führen Gespräche, wir organisieren, wir klären auf.
4. **Nah dran, nicht nur laut:** Unsere Kandidat*innen sind glaubwürdig, weil sie zuhören. Weil sie vor Ort sind. Weil sie Teil des Lebens der Menschen sind, über das sie sprechen.
5. **Verankerung über die Wahl hinaus:** Jeder Wahlkampf hinterlässt etwas, wie zum Beispiel Kontakte, Strukturen, Vertrauen. Wir wollen, dass diese Kampagnen den Kreisverband voranbringen und dass Menschen nach der Wahl bleiben, weil sie sich ernst genommen fühlen.

4. Handlungsempfehlungen zur Kooperation mit SPD und Grünen

Mit der Kommunalwahl 2026 wird Die Linke in vielen Räten, Stadträten und Kreistagen erstmals eine Rolle in Mehrheitsverhältnissen spielen – teilweise auch dort, wo rot-rot-grüne Mehrheiten rechnerisch möglich sind. Kooperationen mit SPD und Grünen können sinnvoll sein, aber sie dürfen die Eigenständigkeit und Glaubwürdigkeit der Linken nie gefährden.

Leitlinie: Kooperation, wo sie Verbesserungen bringt – Unabhängigkeit, wo Anpassung droht.

a) Zwei Formen der Kooperation

Nicht jede Zusammenarbeit ist gleich. Die Linke unterscheidet klar zwischen **dauerhaften Mehrheitsgruppen** und **projektbezogenen Kooperationen**:

1. **Dauerhafte Mehrheitsgruppen:** Sie können sinnvoll sein, wenn sie auf klaren sozialen Fortschrittszielen beruhen: Mieterschutz, Rekommunalisierung, Stärkung öffentlicher Daseinsvorsorge, Antifaschismus oder Klimagerechtigkeit.
Voraussetzung: Die Linke bleibt eigenständig – in Haltung, Sprache, Öffentlichkeitsarbeit und Abstimmungsverhalten. Wenn soziale Interessen gefährdet werden oder Anpassungsdruck entsteht, muss Die Linke diese Grenzen offen ansprechen und gegebenenfalls die Vereinbarung beenden. Mehrheitsgruppen sind Mittel zum Zweck, nicht Ziel an sich. Sie dürfen nie zur stillen Koalition werden.

2. **Projektbezogene Kooperationen:** Sie sind thematisch und zeitlich begrenzt – etwa für Initiativen zur Verbesserung des Nahverkehrs, zur Unterstützung von Beschäftigten oder zum Schutz von Freiräumen. Diese Form ist flexibler und transparenter: Sie erlaubt gemeinsame Erfolge, ohne dauerhafte politische Bindung. Projektkooperationen zeigen, dass Die Linke in der Sache kompromissfähig, aber in den Grundsätzen standhaft bleibt. Sie sind besonders geeignet, um Verbindungen mit sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und Initiativen zu stärken.

Leitlinie: *Wir kooperieren, wenn es Fortschritt gibt – nicht, um ihn zu verwalten.*

b) Unsere Handlungsempfehlungen

1. **Inhalt vor Position:** Kooperationen müssen auf klaren, schriftlich vereinbarten Zielen beruhen: soziale Gerechtigkeit, Klimaschutz, Antifaschismus, Demokratie, kommunale Daseinsvorsorge. Posten, Mehrheitszahlen oder „Stabilität“ dürfen nie Selbstzweck sein.
2. **Eigenständigkeit wahren:** Die Linke bleibt eigenständig in Haltung, Sprache und Kommunikation – auch in Mehrheiten. Keine automatische Fraktionsdisziplin mit SPD oder Grünen. Zustimmung gibt es nur, wenn der Inhalt stimmt.
3. **Demokratische Rückkopplung:** Vor jeder Kooperation ist ein Beschluss des Kreisverbandes oder einer Mitgliederversammlung einzuholen. Politik wird gemeinsam getragen, nicht von einzelnen Personen entschieden.
4. **Transparente Kommunikation:** Offen erklären, was erreicht wurde und wo Grenzen liegen. Keine Hinterzimmer-Politik. Keine falschen Versprechen.
5. **Soziale Konflikte sichtbar machen:** Auch in Kooperationen bleibt Die Linke Stimme derjenigen, die keine Lobby haben – der Mieterinnen, Beschäftigten, Jugendlichen, Rentnerinnen, Arbeitslosen. Sie darf sich nie in Verwaltungssprache verstecken, sondern muss Konflikte benennen.
6. **Gemeinsam kämpfen, nicht nur verhandeln:** Linke Kommunalpolitik sucht nicht nur Mehrheiten in den Räten, sondern auch Mehrheiten in der Gesellschaft – auf der Straße, in Betrieben, in Bündnissen. Kooperationen sollen Bewegungen stärken, nicht befrieden.

5. Umgang mit AfD und „Basis“

Mit der Kommunalwahl 2026 wird Die Linke in vielen Räten, Stadträten und Kreistagen auf eine veränderte politische Landschaft treffen. In fast allen Kommunen sitzen Vertreter*innen der AfD, teils ergänzt durch die sogenannte „Basis“-Partei oder andere rechte Gruppierungen. Sie nutzen kommunale Parlamente nicht, um sachlich Politik zu gestalten, sondern um Misstrauen, Hass und Spaltung zu säen. Die Linke steht dem entschieden entgegen – **in Haltung, Sprache und Praxis.**

Leitlinie: *Keine Normalisierung – klare Kante gegen Rechts*

1. **Keine Zusammenarbeit. Keine gemeinsamen Anträge. Keine Gespräche hinter verschlossenen Türen:** Rechte und verschwörungsideologische Kräfte sind keine „anderen Parteien“, sondern politische Gegner einer demokratischen, solidarischen Gesellschaft. Jede Form der Kooperation – selbst bei scheinbar harmlosen Themen – stärkt ihre Normalisierung. Die Linke bleibt unmissverständlich: *Mit Rechten redet man nicht über Lösungen, sondern über Grenzen.*
2. **Klassenorientierte Auseinandersetzung statt moralischer Abgrenzung:** Rechte Politik lebt davon, soziale Wut gegen Schwächere zu richten, statt gegen die Ursachen von Ungerechtigkeit. Die Linke bekämpft den rechten Einfluss nicht, indem sie belehrt oder moralisierend urteilt, sondern indem sie soziale Ursachen benennt und Alternativen bietet: Gute Arbeit statt Abstiegsangst, bezahlbare Wohnungen statt Konkurrenz, demokratische Teilhabe statt Ohnmacht. Wer die Ursachen von Ungleichheit angreift, nimmt den Rechten den Boden.
3. **Klarheit in der Sprache:** Keine Relativierungen, keine Übernahmen rechter Begriffe. Rassismus, Antisemitismus, Sexismus und Queerfeindlichkeit werden klar benannt – auch, wenn es unbequem ist. Linke Politik muss deutlich machen: Demokratie heißt, dass alle dazugehören.
4. **Solidarität im Rat und auf der Straße:** Wenn rechte Kräfte Kolleg*innen im Rat angreifen, wird das nicht ignoriert. Die Linke steht solidarisch an der Seite der Betroffenen – unabhängig von Parteizugehörigkeit. Gleichzeitig wird antifaschistische Arbeit nicht nur in den Räten, sondern auch in der Gesellschaft geführt: durch Unterstützung lokaler Bündnisse, Aufklärung, kulturelle Initiativen und praktische Solidarität.
5. **Umgang mit der „Basis“-Partei und verschwörungsideologischen Gruppen:** Die „Basis“ und ähnliche Gruppierungen treten oft mit einem bürgerlich-höflichen Ton auf, vertreten aber inhaltlich antidemokratische, verschwörungsideologische und teils antisemitische Positionen. Hier gilt dasselbe Prinzip wie bei der AfD: Keine

Zusammenarbeit. Keine Normalisierung. **Gleichzeitig gilt:** Die Linke darf nicht alle Menschen, die von diesen Gruppen beeinflusst werden, abschreiben. Viele von ihnen sind enttäuscht, verunsichert, sozial isoliert. Sie müssen nicht belehrt, sondern zurückgewonnen werden – durch konkrete, soziale, solidarische Politik.

6. **Kommunalpolitik als Schutzraum für Demokratie:** Linke Kommunalpolitik heißt: Demokratie lebendig halten – durch Transparenz, Mitbestimmung, Bürger*innenbeteiligung und soziale Sicherheit. Wo Menschen spüren, dass Politik für sie da ist, verlieren rechte Parolen an Wirkung. Jedes erfolgreiche soziale Projekt, jede offene Versammlung, jede solidarische Aktion ist ein Stück praktischer Antifaschismus.

7. **Absprachen mit anderen Parteien im Umgang mit der AfD:** Die Linke strebt in allen Räten verbindliche antifaschistische Grundverständigungen an: Keine Kooperation, keine gemeinsamen Anträge, keine gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit mit der AfD. Diese Verständigungen sollten – wo möglich – öffentlich beschlossen werden, um ein gemeinsames Signal für demokratische Kultur zu setzen. In Kommunen, in denen SPD, Grüne oder andere demokratische Fraktionen solche Absprachen verweigern oder aufweichen, benennt Die Linke dies offen und politisch klar. Schweigen hilft den Rechten. Antifaschismus ist keine Nebensache der Geschäftsordnung, sondern eine Grundvoraussetzung demokratischer Politik.

Diese Leitlinien habe ich zur Kenntnis genommen und beabsichtige, sie in meiner Kommunalpolitischen Arbeit umzusetzen.

Datum, Ort, Unterschrift Kandidat*in